

Eine vergessene Dimension: Die Banlieues von Europas

Dorothea Kolland

Wenn ich in meinem Arbeitsumfeld Berlin-Neukölln Menschen befrage, was ihnen zum Thema „Europa“ einfällt, so folgt erst einmal unbehagliches Stirnrunzeln. Die häufigste Antwort, die nach dieser Zögerphase kommt, ist „der Euro“. Danach differenziert es sich, dem einen fallen die neuen Konkurrenten, die Billiglohn-Mitgliedsländer ein, anderen Bürokratie, wieder anderen Vielsprachigkeit und Reisen, und manchen Alten auch „kein Krieg mehr mit den Nachbarn“.

Vielen aber fällt gar nichts ein. Je migrantischer der Hintergrund, je mehr von sozialer Exklusion gezeichnet, um so weniger verbinden sich mit „Europa“ Assoziationsfelder – und schon gar keine, die mit dem Leben der Befragten etwas zu tun haben.

Und doch vollzieht sich eine sehr grundsätzliche und letztlich entscheidende Dimension europäischer Zukunft um die Karl-Marx-Straße herum, mit den Menschen aus 165 Nationalitäten, die hier leben: Es entsteht hier neues europäisches Gemeinwesen, wie es in allen europäischen Metropolen wächst: ein multikulturelles, von Prekariat bedrohtes oder betroffenes, häufig von sozialer Teilhabe ausgeschlossen, überlebenserprobtes, vielsprachiges, kreatives Menschengemisch, das europaweit mehr miteinander gemein hat als das jeweilige Mittelstandsbürgertum. Diese Dimension Europas, Chance wie Sprengstoff, auf jeden Fall aber soziale Realität, ist zumindest in Deutschland noch nicht ins Blickfeld geraten. Europa-Euphorie hat in Deutschland zumal in diesem Jahr der EU-Präsidentschaft viele erfaßt, die Entscheider wie die Lobbyisten, die Vertreter unterschiedlichster Politik-Felder wie Interessensgruppen. Viele Menschen in Deutschland sind – auch ohne den Präsidentschaftshype – überzeugt von dem Weg in eine neue Phase des europäischen Kontinents, für viele ist Europa der richtige Weg aus dem entsetzlichen Dilemma der Nationalismen der europäischen Länder, das Jahrhunderte lang Kriege und Hegemonialansprüche gebar. Insbesondere für junge Menschen, die ihre Bildungschancen nutzen konnten, ist die Konfrontation mit ihrer Zukunft inzwischen europäisch, viele bewegen sich selbstverständlich zwischen Sprachen, Medien, Musik, die europäisch sind. Sogar für ein gemeinsames europäisches Geschichtsbuch für den Schulgebrauch wird geworben: Wie wichtig wäre es, hier zu einer Übereinkunft zu kommen – in Erinnerung an die Bedeutung, die die deutsch-polnische Schulbuchkommission für die Annäherung beider Länder hatte. Intellektuelle, Geschäftsleute, Produzenten, Unternehmer, Gewerkschafter haben Europa als normales Arbeitsfeld begriffen und bewegen sich selbstverständlich auf seinen verschiedenen Ebenen.

Natürlich ringt auch die Kultur und ihre Protagonisten um europäische Kultur, der modernen Fassung „abendländischer“ Kultur. Und die Kulturelite will „Europa eine Seele“ geben, nämlich die Kultur. Aber wessen Kultur?

Denn ohne dass die Akteure der Europa-Kultur-Politik sich dessen gewahr werden, gerät ihr Anliegen an eine Sollbruchstelle, die das Projekt Europäische Kultur gefährdet: Ihre Erfahrungswelten sind in eine sehr große Distanz zu denen geraten, an deren Lebensrealität und Erfahrungswelt der Europäisierungsprozeß vorbei geht, die am Rande gesellschaftlicher Teilhabe stehen oder von ihr ausgeschlossen sind, deren Migrationsbiografie nicht einfach in Europa aufgeht, die wenig oder gar nicht an Kultur partizipieren. Und das sind sehr viele Menschen, in Deutschland wie in Europa insgesamt. Wenn sich die Kultur-Europa-Protagonisten nicht für die „Teilehabenichtse“, wie vor kurzem eine Tagung der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung die Exkludierten sprachmächtig benannte¹,

¹ Fachtagung „Teilehabenichtse. Integrations- und Partizipationspotenziale kultureller Bildung“. Magdeburg, 15.-16.2. 2007. Veranstalter: Landesvereinigung Sachsen-Anhalt und Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und

interessieren, wenn sie sich nicht des gesellschaftlichen Bruchs bewußt werden, der damit – das schwächste Glied gefährdet die starke Kette – die europäischen Kulturstrategien bedroht, dann steht der große Anspruch europäischer Kulturpolitik in Frage. Wenn sich Deutschland in vielen Bereichen als Super-Europäer verstehen mag, wenn es drängende Zukunftsfragen wie die Abwendung der Klimakatastrophe oder die Aids-Gefahr oben auf die europäische Agenda stellt, so sind im Unterschied dazu beklemmende andere Probleme wie das Auseinanderbrechen von arm und reich für viele nur von marginalem, zeitlich begrenztem Interesse, wie die Kurz-Diskussion über „Prekariat“ um die Jahreswende belegt. Insbesondere die deutschen Protagonisten europäischer Kultur haben sich dem gesellschaftlich drängenden Thema des Verhältnisses zwischen Kultur und „social inclusion“ und der Verantwortung von Kultur für gesellschaftliche Teilhabe kaum gestellt. Bislang ist die deutsche Vorstellung der „europäischen Seele“ sehr elitär – und sehr abendländisch. Sie hat nichts mit einer Gesellschaft zu tun, die zunehmend durch Migration, kultureller Diversität und Prekariat geprägt ist. Diesbezüglich nimmt Deutschland eine Sonderrolle der Enthaltbarkeit unter den wohlhabenden Mitgliedsländern der EU ein. Wie anderswo diskutiert wird, macht nachdrücklich die von Raj Isar zusammengestellte Publikation „Inclusive Europe? Horizon 2020“ deutlich, die die zweite „Seelen“-Konferenz in Budapest 2005 vorbereitete und deren Hauptthemen die Demokratisierung von Kultur und Schaffung von Teilhabemöglichkeiten für die bislang Exkludierten waren.²

Dass die Verbesserung der Teilhabe-Chancen ein ganz entscheidender Schlüssel zu einer europäischen Identität ist, wurde spätestens seit der Konferenz von Lissabon Handlungsgrundlage. Einer der Schlüsselbegriffe für die Europäische Gemeinschaft wurde „social inclusion“, gesellschaftliche Teilhabe. Der Europäische Rat beschloss im Jahr 2000 in Lissabon, bis zum Jahr 2010 entscheidende Initiativen zur Beseitigung der Armut in Europa zu entwickeln: „Die Zahl der Menschen, die in der Union unterhalb der Armutsgrenze und in sozialer Ausgrenzung leben, kann nicht hingenommen werden. Es muß etwas unternommen werden, um die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen (...) Die neue Wissensgesellschaft bietet ein enormes Potential für die Reduzierung der sozialen Ausgrenzung, indem sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen für größeren Wohlstand durch mehr Wachstum und Beschäftigung schafft und neue Möglichkeiten der Teilhabe an der Gesellschaft eröffnet.

Zugleich birgt sie aber auch die Gefahr, daß der Graben zwischen denen, die Zugang zum neuen Wissen haben, und denen, die davon ausgeschlossen sind, immer breiter wird. Um dies zu vermeiden und das neue Potential zu maximieren, müssen Anstrengungen unternommen werden, um Fertigkeiten zu verbessern, einen breiteren Zugang zum Wissen und zu Lebenschancen zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen: Der beste Schutz gegen soziale Ausgrenzung ist ein Arbeitsplatz. (...).“³

Immer noch sind 15 % der EU-Bürger (vor der Osterweiterung) von Armut betroffen, viel mehr noch von Armut bedroht. In allen Mitgliedsländern wurden Nationale Aktionspläne auf den Weg gebracht; ein erstes Fazit wurde Ende 2004 veröffentlicht.⁴ Verschiedene Aktionsfelder wurden in den Ländern unterschiedlich gewichtig gewertet, wobei ein deutlicher gemeinsamer Schwerpunkt auf dem Beschäftigungssektor wie auf der Verminderung des Armutsrisikos für Kinder und Jugendliche zu erkennen ist. Deutlich ist auch in den meisten Nationalen Aktionsplänen die Erkenntnis der Notwendigkeit, Armut nicht als Spartenproblem zu fassen, sondern als Querschnittsaufgabe mit mehrdimensionalem Ansatz zu begreifen, in dem neben Beschäftigungspolitik und Sozialversicherungssystemen

Jugendbildung e.V.

² Budapest 2005

³ Schlußfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Lissabon), 3. und 24. März 2000

⁴ Europäische Kommission Beschäftigung & Soziales: Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung. Büssel 2004

Themen wie Wohnung, lebenslanges Lernen, eInclusion (Fähigkeit des Umgangs mit dem Internet) und Kultur eine wesentlich größere Aufgabe zukommen soll.

Der Kulturpolitik wird eine wichtige Funktion im Kampf gegen Armut beigemessen: „Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten ist eine wichtige Möglichkeit, mit der Menschen und Gemeinschaften ihre eigene Identität bestimmen und ausgestalten und diese anderen vermitteln.(...) Somit ist die Kultur ein Mittel für die aktive Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft. Die Förderung des Zugangs zu kulturellen Aktivitäten und die Teilnahme daran ist ein ebenso bedeutsamer und gewichtiger Faktor bei der Errichtung einer integrativen Gesellschaft wie die Förderung der Teilnahme an den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung oder Soziales. Im Vergleich zur Sozialpolitik ist für kulturelle Aktivitäten entscheidend, dass diese einen positiven Ausgangspunkt haben: Menschen werden nicht als Problem, sondern als potenzielle und konkrete Bereicherung angesehen.“⁵

Die Kommission für Beschäftigung & Soziales beauftragte Detailuntersuchungen zu den wesentlichen angesprochenen Politikfeldern, so auch zu Kultur. Im Jahr 2005 wurde der „Report of a thematic study using transnational comparisons to analyse and identify cultural policies and programmes that contribute to preventing poverty and social exclusion“⁶ in Brüssel vorgelegt und diskutiert. Diese Studie, an der Universität von Northumbria verfasst, gibt einen umfassenden, sorgfältig recherchierten Überblick über den Zustand der Schnittstelle von Kultur- und Sozialpolitik in Europa und über die gravierenden Unterschiede zwischen der Problembewußtheit der einzelnen Länder.

Es erwies sich, dass gerade das sich selbst so gerne als Kulturnation verstehende Deutschland bei allem Bemühen um Weltkulturerbe, bei allen wunderbaren kulturellen Leuchttürmen, nicht gerade zu den Vorreitern einer auf Teilhabe zielenden Kulturpolitik gehört, die sich ihrer Wechselwirkung zwischen Kunst und Gesellschaft wohl bewusst ist und die weiß, dass fehlende gesellschaftliche Teilhabe und Segregationsprozesse auch das kulturelle Leben beschädigen, auch der Kunst Existenzvoraussetzungen entziehen. Aber möglicherweise ist das deutsche Kultursystem auch gar nicht daran interessiert, es zu wissen.

Die Erörterung vieler einzelner Aspekte der großen Frage nach dem Zusammenhang zwischen *gesellschaftlicher* Teilhabe/Ausgrenzung einerseits und *kultureller* Teilhabe/Ausgrenzung andererseits nimmt dem (vor allem in deutschen Kunst-Köpfen vorhandenen) Vorwurf den Wind aus den Segeln, Kunst oder Kultur werde in diesem Diskurs vordergründig für gesellschaftliche Zwecke kunstfern mißbraucht. Die Leitfragen der Studie setzten bei handfesten, konkreten Problemanalysen an: „Kann mangelhafter Zugang und Teilhabe an Kulturaktivitäten Armut und soziale Exklusion verschärfen? Wenn ja, welche Gruppen sind besonders gefährdet?“ oder: „Welches sind die Barrieren, die den Zugang zu Kulturangeboten oder die Möglichkeit, die eigene kulturelle Identität auszudrücken, versperren?“ Und schließlich: „Welchen Beitrag kann ein besserer Zugang zu Kultur im Kampf gegen Armut und sozialer Ausgrenzung leisten?“ Besonders hervorgehoben wurde dabei die Chance, im Rahmen von kulturellen/künstlerischen Tätigkeiten neue Fähigkeiten zu erwerben, mehr Selbstvertrauen und Selbstachtung zu erringen, Verständnis und Toleranz Verschiedenartigkeit gegenüber zu lernen. Dies ist letztlich der Tenor der Untersuchung: Mehr Achtung und Aufmerksamkeit der persönlichkeitsbildenden und gesellschaftsstrukturierenden Kraft der Kunst gegenüber, mehr Bewußtwerden und Selbstbewußtsein des Kulturbetriebs, auf diese Kräfte zu achten und sie aktiv in den gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen, nicht als Zweck, sondern als Möglichkeit, Fähigkeit und Wirkung von Kunst, als Impetus, um neue Kräfte in Gang zu setzen. Und andersherum: Die Tatsache muss erkannt werden, dass kulturelle Teilhabe - ein

⁵ ebda. S. 86

⁶ Woods, R. and Gordon, C. et al: Thematic study using transnational comparisons to analyse and identify cultural policies and programmes that contribute to preventing and reducing poverty and social exclusion. University of Northumbria Centre for Public Policy/ Centre for Cultural Policy & Management. 2004

Menschenrecht – soziale Teilhabe voraussetzt.⁷ Kultur sollte also ein ureigenes Interesse am Abbau von sozialer Ausgrenzung haben. „Kultur für alle“ war ein wunderbares Motto für die Öffnung der Kultur und ihrer Institutionen; dass man den herbeigerufenen „allen“ aber auch die Möglichkeit der Teilhabe geben musste, wurde vernachlässigt. Dies erweist ganz banal die Tatsache, dass eben nicht „alle“ kommen, auch wenn die Türschwellen abmontiert werden. Schlimmer noch: Viele wollen nicht einmal kommen, weil Kultur – oder das, was ihnen als Kultur entgegentritt – nichts mit ihnen zu tun hat und sich nicht für ihre Probleme interessiert. Peter Grottian, der Politologe und Berliner Mahner gegen soziale Ungerechtigkeit, zieht wortmächtig gegen Scheinheiligkeit der Gutmenschen der Kultur zu Felde, die den armen „Teilehabenden“ mit Kultur helfen wollen (Anlaß: eine Tagung unter dem Titel „Integrations- und Partizipationspotenziale kultureller Bildung“, s.o.), aber nicht realisieren, dass vor kultureller Teilhabe soziale Teilhabe steht, und der davor warnt, dass die Balance von Fordern und Fördern der Agenda 2010 nicht gelingt, solange die Ausschließungsmechanismen schärfer sind als die möglichen Partizipationsinstrumente. Seine Frage, ob die Kultur den Ausgeschlossenen etwas anzubieten habe, das diese in ihren sozialen Nöten ernst nimmt – und sei es ein Protest des Bundeskulturrates oder der Dramaturgischen Gesellschaft dagegen, dass bei der Berechnung von Hartz IV Kultur so gut wie gar nicht vorkommt -, erschreckt; verschreckt die, denen politische Geschäfte zu laut und zu schmutzig sind, schreckt die auf, die wissen, dass kulturelle Teilhabe Abbau von sozialen Barrieren und Mauern bedeutet – und die Trompeten sind noch nicht erfunden, deren Klänge allein ihr Verschwinden bewirkt.

Hier gilt es in Deutschland neue Haltungen und Strategien zu entwickeln und – gerade, wenn man sich in der Tradition der „neuen Kulturpolitik“ der 70er Jahre versteht – sich nicht auf der Emphase des „Kultur für alle“ auszuruhen, auch wenn die Teilnahme an den Montagsdemonstrationen als die nicht beste aller Möglichkeiten eingeschätzt wird. Analysen sind fällig, die den tatsächlichen Zustand von gesellschaftlicher wie von kultureller Teilhabe beschreiben. Um ins Nachdenken zu geraten würde meist eine ehrliche Selbst-Supervision der Kulturanbieter ausreichen, die sich mit den erreichten Publikumsschichten auseinandersetzt. Die Ergebnisse wären, was die Menschen jenseits des bildungsbürgerlichen Durchschnitts angeht, ausgesprochen unbefriedigend. Da in Deutschland aber – anders als in Großbritannien, in den Niederlanden oder in Schweden - niemand nach Teilhabe oder Bemühen darum fragt, an die Mittelzuwendungen keine diesbezügliche Auflagen und Evaluationen gebunden ist, scheren sich in Deutschland viel zu wenige um dieses Feld, es wird eher als (hoch-)kulturabträglich angesehen.

Doch abgesehen von der Tatsache, dass Teilhabe an Kultur zu den Menschenrechten gehört (Artikel 27, Abs. 1: „Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.“), liegt es im ureigensten Interesse des Kultursystems und seiner Akteure, den Kulturinstitutionen, diejenigen ins Gesichtsfeld zu holen, die nicht oder noch nicht ihre „Kundschaft“ sind oder die als Publikum verloren zu gehen drohen. Kleine Signale aus dem Kultursystem machen Veränderungsprozesse deutlich: Es geht nicht mehr nur um die eigene Reproduktion, sondern Kulturinstitutionen werden sich einer gesellschaftlichen Verantwortung bewußt, auch jenseits ihres eigenen Terrains. So konfrontierte der Berliner „Rat für die Künste“ die Parteien, die sich an der Wahl im Herbst 2006 beteiligten, erst in zweiter Linie mit dem üblichen Kulturforderungskatalog. Die entscheidenden zur Bearbeitung vorgeschlagenen Problemfelder betrafen Schnittpunkte zwischen Kultur- und Sozialpolitik:

„Um den Anforderungen der Zukunft gerecht werden zu können, müssen die Menschen der Gegenwart und Zukunft ein hohes Maß an kultureller Kompetenz und kreativer Phantasie

⁷ Vgl. Kolland, Dorothea: Kultur gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Über eine europäische Initiative zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe. In: Kulturpolitische Mitteilungen 110, III/2005

besitzen, das sie sich durch die Begegnung und im Umgang mit Kunst und Kultur aneignen können, wobei der Rat für die Künste die besonderen Herausforderungen sieht,

- die sich aus einem **produktiven Umgang mit kultureller Diversität** ergeben. Berlin als von Migration geprägte Stadt muss kulturelle Vielfalt als Ressource begreifen, die künstlerische Zukunft sichert. Es gilt, kulturelle Diversität als immanentes Prinzip nationaler wie lokaler Kultur zu begreifen und kulturelle Diversität über die in der Stadt aktiven Künstler in integrativen Förderstrategien lebendig und mit hoher Attraktivität für das sozial wie kulturell heterogene Publikum zu inszenieren;
- die in der Erkenntnis wachsender **sozialer Segregation** und Bemühungen um deren Eingrenzung liegen, die eine Gemeinschaft in reiche und arme Regionen, in reicher und ärmer werdende soziale Schichten aufteilt und auf die mit stärkerer Berücksichtigung der gesellschaftlichen wie kulturellen Teilhabe zu reagieren ist;
- die im gegenwärtig sich vollziehenden Bedeutungswandel der **kulturellen Bildung** und **ästhetischen Erziehung** begründet liegen, deren lebenslange Notwendigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen insbesondere angesichts des demographischen Wandels nicht mehr negiert werden kann, de facto aber insbesondere in den Institutionen der Allgemeinbildung schweren Schaden erleidet.“⁸

Diese drei Problemfelder decken sich mit den in der europäischen Inklusionsdebatte als besonders vordringlich zu bearbeitend identifizierten Schnittstellen von Sozial- und Kulturpolitik. Erkenntnis heißt zwar noch lange nicht, dass den benannten Problemen Abhilfe geschaffen würde, doch es ist ein erster Schritt zumindest hin zu einer neuen Haltung sozialen Problemen und gesellschaftspolitischem Verhalten gegenüber. Ein altes wie aktuelles Defizit des deutschen Kultursystems – der Kulturinstitutionen wie der Kulturwissenschaft – ist sein Abschotten insbesondere gegenüber sozialem, sozialpolitischem wie sozialwissenschaftlichem Denken. Dies beruht auf Gegenseitigkeit. Für das „Sozialsystem“ ist das „Kultursystem“ nur teuer und elitär. Damit ist auch die Abstinenz zu erklären, in den genannten „Nationalen Aktionsplänen“ über Möglichkeiten der Kultur überhaupt nur nachzudenken. Von Träumen über Synergien gar nicht zu sprechen....

So schneidet in der internationalen Vergleichsstudie Deutschland sehr schlecht ab, was die Bewußtwerdung der Relationen zwischen Kultur und dem Abbau von Barrieren, die soziale und kulturelle Teilhabe verhindern, betrifft. Weder die nationalen Aktionspläne aus den Fachministerien wie denen für Jugend, Familie, Senioren, Behinderte, Migranten, von Armut Betroffenen erwägen Kultur als mögliches „Instrument“ ihrer Teilhabestrategie noch denkt nationale (so es sie gibt) oder regionale Kulturpolitik an „Einmischung“ in Arbeitsfelder der Sozialpolitik. Das „divide et impera“ der Fachpolitik läßt viele Möglichkeiten ungenutzt. Dennoch wäre es nicht angemessen, deutscher Kulturpolitik – und noch viel weniger der konkreten Kulturarbeit – totale Sprachlosigkeit und vollkommenes Desinteresse der Frage nach sozialer und kultureller Teilhabe gegenüber zuzuschreiben. Nicht zuletzt ist das Bemühen der Enquetekommission „Kultur“ des Deutschen Bundestages mit ihrem Bestreben, „kulturelle Grundversorgung“ rechtlich zu verankern, eine Einsicht in die Tatsache, dass Teilhabe grundsätzlich gewährleistet sein sollte und dass sie verhindernde Barrieren abzubauen sind. Wie weit das Grundversorgungspostulat – das wenig von aktiver, partizipatorischer, emanzipatorischer Teilhabe ausstrahlt, sondern sich eben als Versorgung versteht – ein Papiertiger bleibt oder soziale Gerechtigkeit fördert, ist heute noch nicht zu beurteilen – schon gar nicht vor Beendigung des Enquete-Prozesses und den endgültigen Formulierungen des Berichts.

In wenigstens einem der drei in Europa schwergewichtig gewerteten Arbeitsfelder geschieht in Deutschland im Augenblick entscheidend Neues: im Bereich der kulturellen Bildung und ästhetischen Erziehung, Voraussetzung für Teilhabe. In zahlreichen Bundesländern und

⁸ Offener Brief des Rates für die Künste, Berlin 2006.

Kommunen entwickeln sich Initiativen, werden Rahmenpläne und Modellprojekte auf den Weg gebracht, um die Qualität und Quantität schulischer wie außerschulischer kultureller Bildung zu überdenken und zu verändern – ein verqueres Ergebnis der Pisa-Diskussion, deren einseitige Betonung der „Kernfächer“, zu denen Musik, Kunst oder Theaterspielen natürlich nicht zählen, die kreativen Potenziale derart ins Abseits hatten geraten lassen, dass zumindest das Kultursystem darauf reagieren mußte. Die gleichzeitige Förderung der Ganztagschulen hatte Löcher und damit neue Möglichkeiten in den Stundentafeln ergeben, aus denen vorher die musischen Fächer herauskatapultiert worden waren. Wenig noch geschieht in Hinsicht auf lebenslanges kulturelles Lernen, das gerade auf dem Hintergrund des demographischen Wandels als Bildungsangebot viel ernster genommen werden müßte.

Kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung betrifft keineswegs nur den Bereich formeller, institutioneller Bildung in Kita, Schule und Hochschule, sondern stellt sich auch als Aufgabe für die Lordsiegelbewahrer des kulturellen Erbes wie der Innovation, die Kulturinstitutionen. Auch hier sind erstaunliche Bewegungen wie etwa das Patenschaftskonzept in Berlin auszumachen. Rahmenkonzepte wie in Hamburg, Öffnungen zwischen Bildungs- und Kultursystem wie in Nordrhein-Westfalen schlagen neue Schneisen in einen bislang undurchdringlichen Dschungel gegenseitiger Abgrenzungen.

Auch in einem weiteren der genannten Arbeitsfelder, in der Auseinandersetzung mit sozialer Segregation und den Möglichkeiten der Kultur, ist Deutschland nicht ganz tatenlos. Der vergleichende EU-Kommissionsbericht benennt ausdrücklich als positives Beispiel das Aktionsprogramm „Soziale Stadt“, in dem Kulturprojekte eine sehr wirkungsvolle Rolle als Empowerment-Geber, Identitätsvermittler, Kreativfaktor in sozialen Brennpunkten spielen können: Der „social impact of the arts“, die soziale, gesellschaftliche Wirkkraft von Kunst kann hier sehr deutlich erkannt werden. Der Kultur wird eine wichtige Funktion im Kampf gegen Ausgrenzung beigemessen: „Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten ist eine wichtige Möglichkeit, mit der Menschen und Gemeinschaften ihre eigene Identität bestimmen und ausgestalten und diese anderen vermitteln. Somit ist die Kultur ein Mittel für die aktive Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft. Die Förderung des Zugangs zu kulturellen Aktivitäten und die Teilnahme daran ist ein ebenso bedeutsamer und gewichtiger Faktor bei der Errichtung einer integrativen Gesellschaft wie die Förderung der Teilnahme an den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung oder Soziales. Im Vergleich zur Sozialpolitik ist für kulturelle Aktivitäten entscheidend, dass diese einen positiven Ausgangspunkt haben: Menschen werden nicht als Problem, sondern als potenzielle und konkrete Bereicherung angesehen.“⁹

Doch auch hier stoßen wir auf eine abgrenzende Mauer: Die Programm-Damen und –Herren der „Sozialen Stadt“ sind bei den Stadtentwicklungsressorts angesiedelt und fürchten offenbar nichts mehr als dass ihr Geld Kunst und nicht (nur) soziale Bindekräfte fördern könnte. Ausgesprochen absurde Zurückweisungsargumentationen und Überbürokratismen haben hervorragende Kulturprojekte, die auf Partizipation und Nachhaltigkeit setzten, unmöglich gemacht oder zerstört – und doch gelingt es Künstlern immer wieder, sich in das „Sozialsystem“ einzuklinken – mit großer Berechtigung.

Andererseits sieht sich das Kultursystem – Künstler wie Institutionen - zunehmend mit der Erwartung konfrontiert, ihre Möglichkeiten für diesen Prozess der Entgrenzung von Teilhabe bereitzuhalten. Allerdings gibt man sich hier auf ein sehr deutsches Glatteis: Gegen eine solche „Zweckbindung“ laufen viele Künstler Sturm, fürchten sie doch ihre Vereinnahmung und Instrumentalisierung in kunstfremden Kontexten und um den Eigen-Sinn der Kunst – obwohl ihnen im konkreten Fall das Honorar, auch wenn es aus dem

⁹ Europäische Kommission Beschäftigung & Soziales: Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung. Büssel 2004, S. 86

„Sozialsystem“ kommt, sehr willkommen ist. Die Kunstdiskurse und Debatten sind hart, die Fronten scheinbar klar.

Scheinbar. Denn bei genauerem Hinsehen sind in der Kulturpraxis die Grenzen nicht immer genau auszumachen zwischen dem „eigenen“ und dem „gesellschaftlichen“ Auftrag der Künstler; Grenzgängertum entwickelt sich oft auch aus reiner materieller Notwendigkeit, in einem sozialen Arbeitsfeld als KünstlerIn mit den ihr/ihm eigenen Handwerkszeug Geld zu verdienen, was aber nicht ohne Konsequenzen für die „eigene“ künstlerische Arbeit bleibt.¹⁰ Es ist zumal in Deutschland mit seinem ewigen Traum(a) vom autonomen Kunstwerk ein altes Thema, das sich jedoch immer wieder neu stellt, allemal im Kontext zunehmender gesellschaftlicher und damit kultureller Segregationsprozesse in Deutschland¹¹ und zunehmender Finanznöte des Staates, die Schwerpunktsetzungen in der Kulturpolitik erforderlich machen.

Schließlich fordert der europäische Kontext zu einer Positionierung heraus. Es geht letztlich um einen Paradigmenwechsel: Ist es legitim oder gar notwendig, nicht nur vom Recht der Kunst und der Künstler auf Förderung und Unterstützung zu sprechen - wie es im Grundgesetz und in Verfassungen der Bundesländer steht - und das mit Recht auch von diesen eingefordert wird, sondern auch von einer gesellschaftlichen Pflicht der Kunstinstitutionen und Künstler? Gilt das „Fördern und Fordern“ auch für die Kultur? Der englische Künstler und Kulturwissenschaftler François Matarasso hat diese Position zugespitzt und fokussiert: „Es ist der richtige Moment, darüber zu sprechen, was Kunst für die Gesellschaft leisten kann, und weniger über das, was die Gesellschaft für Kunst zu leisten hat.“¹² In deutschen Debatten birgt dieser vor 10 Jahren formulierte Gedanke immer noch heftigen Zündstoff.

Schließlich steht noch die Forderung nach einer Politik wie einer kulturellen Realität auf der Agenda, die die Wirklichkeit der Städte und Länder hinsichtlich ihrer vielfältigen ethnischen Bevölkerungsstruktur widerspiegelt. Deutschland wird sich mühselig seiner Realität als Einwanderungsland bewusst, seine Institutionen beginnen langsam „kultursensibel“ zu denken und zu handeln. Eine der entscheidenden Aufgaben für die Zukunft unserer „alten“ europäischen Gesellschaft und insbesondere Deutschlands in Zeiten weltweiter Globalisierung und Migration wird die Akzeptanz und Gestaltung einer gesellschaftlichen Realität sein, in der Multiethnizität eine Selbstverständlichkeit ist, ohne dass aus Angst vor Verlust der Leitkultur Exklusion praktiziert und Zwangsanpassung gefordert wird. Dahin ist noch ein weiter, aber notwendiger Weg. Er ist notwendig, weil wir noch nicht selbstverständlich zusammen leben, obwohl weder die Zukunft unserer Wirtschaft noch die unserer Städte ohne Menschen aus aller Herren Länder denkbar ist. Dass sich das Ideal einer multikulturellen Gesellschaft nicht schnell und problemlos entwickelt, haben wir in den letzten Jahrzehnten erlebt; wir haben jedoch auch gelernt, das Ideal eines alles aufsaugenden und damit nivellierenden melting pot in Frage zu stellen. Die Akzeptanz der cultural diversity, die Achtung der Differenz ist als Notwendigkeit bewusst geworden.

Kunst und Kultur können in ihrer Möglichkeit, eine Begegnungsplattform für Diversität, Vielschichtigkeit, Neugier, Eigensinnigkeit und Tradition darzustellen, ein wichtiger Motor für die Zukunft Europas und einer globalisierten Welt sein, die im Sinne nachhaltiger Entwicklung ihre Diversität, ihre Differenzen und Unterschiedlichkeiten nicht aufgibt.

Indices für Zukunft

Der Wandel europäischer Metropolen wird am deutlichsten sichtbar in ihren Banlieues, ihren sozialen Brennpunkten, ihren „Problemzonen“. Sie haben große Ähnlichkeiten untereinander – ob in Seine-Saint-Denis, Neukölln und Kreuzberg, Lavepies, East London, im Pijp, in der Kölner Südstadt, in Solentuna oder sonstwo in Europa. Diese Stadtregionen, die alle belastet sind mit hoher Armut, Arbeitslosigkeit,

¹⁰ Vgl. Tagungsbericht des 49. Loccum Kolloquiums, „Autonomie und Intervention. Kunst im sozialen – Kontext“. Loccum 2005

¹¹ Vgl. Sozialstrukturatlas 2003, vorgelegt von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Berlin 2004

¹²⁶ François Matarasso, Use or Ornament? The Social Impact of Participation in the Arts. Nottingham 1997

Bildungsproblemen und in denen deshalb Migration zum Problem wird, sind jeweils Indices dafür, in wiefern eine Stadt, eine Region, ein Land mit seiner Zukunft umgeht bzw. was es dabei ist zu versäumen. In diesen brüchigen, unfertigen, harten Stadtregionen entsteht aber auch eine neue urbane Kultur, die sowohl eine Begegnung vieler Kulturen wie auch von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft ermöglicht: Und dies ist Voraussetzung für Modernität und Zukunft. Dass die Brennpunkte dieser neuen urbanen Kultur meist im Umfeld der sozialen Brennpunkte dieser Metropolen zu finden sind, ist kein Zufall, denn Avantgarde und Suche nach neuen Ufern paart sich selten mit Wohlstand oder gar Reichtum. Dass Europa hier vor einer großen Herausforderung steht, ist vielen klar. Europäische Organisationen wie Forschungsinstitute rufen zu Problemanalysen und Strategien zusammen, wie kürzlich nach Lyon, zu der Konferenz „Atelier ENCACT: «L'Agenda 21 de la culture. Vers une nouvelle gouvernance culturelle». Besonders in der Verantwortung sieht sich das Bündnis ENCACT, (European Network of Cultural Administration Training Centres), das auch die Konferenz in Lyon veranstaltete. Im Programm hieß es: „Das Thema „cultural diversity“ ist eine zentrale Herausforderung für die europäischen Institutionen, vor allem für die Mitgliedsländer der EU. Alle internationalen Beobachter betrachten die kulturelle Vielfalt als wichtige Dynamik, zugleich aber auch als Quelle von Konflikten und Spannungen für unsere westlichen Gesellschaften, im Kontext der Globalisierung des wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs.“¹³

Leider sind deutsche Institutionen und Initiativen in diese europäischen Netzwerke, deren Schwerpunkt auf den Überschneidungen von Kultur-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik liegen, kaum eingebunden, Organisationen wie ENCACT, Banlieues d'Europe oder „Quartiers-en-Crise“, um nur wenige wichtige zu nennen, die auch kräftige Unterstützung von europäischen Institutionen erfahren, kommen ohne Deutschland zurecht – nicht zuletzt, weil es dank der Bundesländerhoheiten keine entsprechenden Organisationsstrukturen auf Bundesebene gibt. Ob wir mit dieser Nicht-Teilnahme gut fahren, ist zu bezweifeln. An uns gehen wichtige Analysen vorbei.

Die europäischen Metropolen stehen vor sehr ähnlichen Problemen, die mit der Veränderung der Bevölkerung begründet sind, und damit langfristig vor einer Veränderung ihres kulturellen Profils. Alle tun sich schwer damit, und niemand weiß, wie die Zukunft aussehen wird – nur, dass sie vielgesichtiger und vielfarbiger werden wird. Das Nachdenken darüber beginnt europäisch zu werden. Es ist dringend an der Zeit, dass Deutschland sich in dieses Nachdenken einklinkt. Bei allen Spannungen und Konflikten: Möglicherweise ist diese neue urbane Kultur, die in den Banlieues von Europa entsteht, in der sich verschiedene Herkunftskulturen mit der europäischen Traditionen und Formen mischen, in der mit Sprachen, Provokationen, Verletztheiten, Erfahrungen von Ausgeschlossenheit und gleichzeitig Spielen mit einer großen Vielfalt kulturellen Erbes eine Verbindung miteinander eingehen, eine große neue Chance für unsere alte abendländische Kultur.

¹³ Lyon, Programm. Die Konferenz fand am 27. und 28. März statt.